

Zugestellt durch Post.at

Rund um uns 22. Jahrgang
Folgenummer 7
Juli 2010
GZ02Z033303S
SponsoringPost

INHALT

Blaue Seite

Blaumeise
Blaues Brett, Plus-Minus
Seite 2

Die Mutter, das minderwertige Wesen
Seite 3

Auf dem Weg in die Diktatur?
Seite 4

Ausritt auf dem Drahtesel
Seite 5

Aus dem Gemeinderat
Seiten 6,7

Wer Österreich liebt, muß Scheiße sein
Seite 8

Seite für die Jugend
Seite 9

Beachten und nützen:

Termine, Aktionen und aktuelle Angebote in Neuhofen!
Seiten 10 - 15

Hauhart-Fest'l
Seite 16

Neuhofen



Das Hauhartfest'l steht bevor!

Nichts wie hin!

Dambach 18, ehem. Gh. Hauhart

17. Juli 2010, 15.00 Uhr



Die blaue Seite

Es sprach die Feministenfront:
„Ab nun wird Weibliches betont.“

Und flugs, im schönsten Neusprech
dann,
gingen sie den Sprachkampf an.

„Ein „Innen“ - forderten sie ganz barsch,
hängen wir nun dran an des Männlichen A***.

Fühlten Frauen sich bisher als Teil der
Österreicher,
wurden sie als „Innen“ nun plötzlich
„gleicher“.

Stiegen durch das „-Innen“ am Wort-
Hinterteil
ihre Gehälter und Löhne steil?

Müssen Frauen jetzt nicht auf Gehalts-
sprung verzichten,
weil sie Pflegearbeit verrichten?

Nein – diese Träume sind in weiter
Ferne,
doch das hören Emanzen nicht gerne.

Weil sie hier ganz gewaltig versagen,
verlegen sie sich halt auf's Klagen:

Wenn ein Firmenchef ein Inserat formu-
liert
und dabei die „Innen“ nicht integriert,

darf er sich schon auf die Klage freu'n,
diesen tödlichen Fehler muß er bereu'n!

Als nächstes wird das Wort „Mutter“
verboten,
weil's „diskriminiert“, sagen die Idioten.

Das kann wirklich nur jemand erden-
ken,
der nie einem Kind durfte das Leben
schenken.

All die Liebe, das Lachen und der Frie-
den
ist einer Mutter nach der Geburt be-
schieden.

Wer das bekämpft, tickt nicht ganz rich-
tig,
nimmt sich selber wohl zu wichtig.

Drum kämpft für die Mütter, mit frohem
Mute,
am Ende siegt ja doch das Gute!

Das Blaue Brett

Maler gesucht!

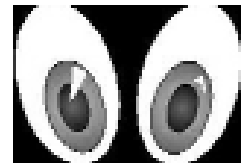
Erfolgreicher Malerbetrieb in Wels-Land mit renommierten Kunden in ganz Österreich sucht **zum sofortigen Eintritt Maler-Facharbeiter** (Gesellen). **Bedingungen:** Führerschein B, unverzichtbare Eigenschaften: genaues, sauberes, selbständiges Arbeiten, Flexibilität, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, freundliches Auftreten. Bei Eignung und Erfüllung der Bedingungen warten faire Bezahlung, ein freundschaftliches Betriebsklima und großzügige Rahmenbedingungen. Interessenten wenden sich an **Tel.: 0664/18 23 852**.

Zu verschenken

Für Bastler, zum Ausschachten oder Weiterbenützen: Teile einer hochwertigen **Stereo-Anlage der Marke „Fisher“** (wird nicht mehr erzeugt) zu verschenken: Radio, Doppelkassetendeck und Verstärker, funktionsfähig, mit kleineren Macken, gegen Selbstabholung in Neuhofen zu verschenken. **Tel.: 0699 /10 72 04 94**.

BLAU-AUGE, SEI WACHSAM

Was fällt Ihnen in Neuhofen auf, positiv oder negativ?
Teilen Sie es dem DIALOG mit! E-Mail: office@context.co.at
(Meisenweg 2, 4501 Neuhofen)



☺ Die Mostkost der Landju-
gend Neuhofen/St.Marien
stieß nicht nur bei der Bevölke-
rung auf positives Echo. Auch
die Stockschützen möchten
noch einmal betonen, wie über-
aus zuverlässig die jungen
Leute die Veranstaltung betreut
haben und wie blitzsauber die
Halle hinterlassen wurde. Ein
dickes Lob der Landjugend!

☺ Ebenfalls ein Riesen-Dan-
keschön übermittelte uns
eine Kundin des Versicherungs-
büros Hauhart. Während sie auf
Urlaub war, wäre ihre Versiche-
rungsprämie fällig gewesen. Ein
Verzug bei den Zahlungen hätte

eine Menge Unannehmlichkei-
ten für sie bedeutet. Um dies zu
vermeiden, streckte Johann
Hauhart die Versicherungsprä-
mie für seine Kundin vorläufig
aus eigener Tasche vor, bis die
Dame wieder aus dem Urlaub
zurück war und ersparte ihr so
eine Menge Ärger.

☹ Weniger löblich ist die Tat-
sache, daß es bei
Großhochzeiten von türkischen
Mitbürgern im Forum vermehrt
zu Beschwerden von Anrainern
und Passanten kommt. Rück-
sichtsloses Parken, Müllberge,
Beschädigungen, übermäßige
Lärmbelästigung und teilweise

persönliche Anpöbelungen är-
gern die Anrainer. Aufgrund der
zunehmenden Klagen wäre es
empfehlenswert, daß der Ver-
mieter oder jeweilige Veranstat-
ter eventuell einen Ordner-
oder Sicherheitsdienst für po-
tentiell betroffene Großveranstal-
tungen bereitstellt.

☹ Ebenfalls Anlaß zum Un-
mut bietet ein Grundbesit-
zer in Weißenberg, der seine
große Wiese nie mäht und alle
umliegenden Nachbarn da-
durch einen schier aussichtslo-
sen Kampf gegen herüberge-
wehtes Unkraut und Ungeziefer
in ihren Gärten führen.

Wir gratulieren

zum „Runden“, „Halbrunden“ oder über 60sten Geburtstag
im April, Mai, Juni und Juli:

Karl **Lederhilger sen.** (31.5.), Pepi **Haunschmid** (3.6.),
Norbert **Köck** (3.6.), Elfriede **Peßmaßl** (8.7.), Horst **Mayer** (12.7.),
Christl **Skalet** (13.7.), Martina **Wintersperger** (28.7.).



Die Glückwunsch-Ecke

Die Mutter, das minderwertige Wesen

Auswüchse des „Genderwahns“

„Gender Mainstreaming“ – dieses englische Wort hört man immer häufiger. Es soll uns als Versuch verkauft werden, die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft zu erlangen. Häufig aber verbergen sich hinter diesem hehren Ziel radikale Feministinnen, „Gesellschaftsveränderer“ und ihre Anhänger, die ganz andere Ziele verfolgen. Einen Auswuchs des Genderwahns lieferte nun der Europarat. Das Wort „Mutter“ soll nach dem Willen der „Genderfanatiker“ aus dem Sprachgebrauch verschwinden, weil es „sexistisch“ und „diskriminierend“ sei. Die Darstellung von Frauen in den Medien zeige sie als „passive und minderwertige Wesen, Mütter oder Sexualobjekte“. Also sollen sowohl Fotos von Müttern als auch das Wort „Mutter“ selbst im Alltag am besten gar nicht mehr vorkommen. Geht es noch perverser ...?



Viele, die guten Glaubens sind und meinen, Wörter können eine tatsächliche Situation ändern, machen freiwillig beim Verfolgen der Ziele dieser „Systemveränderer“ mit.

Es beginnt mit dem Binnen-i ...

Das dämliche „Binnen-i“, ein eingeschobenes „I“ bei „ZuhörerInnen, BürgerInnen usw. ist im-

mer häufiger zu sehen. Abgesehen davon, daß es grammatikalischer Unsinn ist, werden die „Innen“ dadurch eigentlich aus der gleichberechtigten Gemeinschaft bewußt herausgenommen und zum Anhängsel am Hinterteil eines männlichen Wortes degradiert. Aber das fällt den „HerrInnenchaften“ wohl gar nicht auf.

... und endet mit dem Verbot der „Mutter“

Der Gipfel der Idiotie ist aber wohl jetzt das Ansinnen im Europarat. „Mutter, Mama, Mami, Mutti“ – was sagt dieses Wort nicht alles aus! Es ist ein Synonym für Trost, Liebe, Hingabe

und vieles mehr. Ohne Mutter wären auch jene Verblendeten nicht am Leben, die jetzt tatsächlich fordern, dieses Wort als „diskriminierend und sexistisch“ aus dem Sprachgebrauch zu streichen. Die Parlamente der Mitgliedsstaaten sollen überhaupt aufgefordert werden, „sexistische Stereotype“ zu bekämpfen.

„Das Elter“ als Ersatz für Mama

In einem Leitfaden der Stadt Bern für die „amtlich verbindliche Sprache“ ist „Mutter“ schon als „diskriminierender Begriff“ eingeordnet. Man solle statt dessen „der Elternteil“ (Huch! DER?!) oder besser noch „das Elter“ sagen.

„Das Elter“ jener Sozialistin (Doris Stump), die die Beschlussvorlage im Europarat eingebracht hat, wird wohl – sofern noch am Leben – vor Scham im Erdboden versinken ... oder andernfalls in ihrem Grab rotieren ...

Die Ursprünge des Genderwahns

Viele radikale Feministinnen und deren Anhänger berufen sich in ihrem „Kampf um Gleichberechtigung“ auf John Money. Der Neuseeländer (geb. 1921, gest. 2006) emigrierte 1947 in die USA und war Sexologe und Psychologe.

Tödliches Experiment an Zweijährigem als „Beweis“

Money wollte wissenschaftlich beweisen, daß das Geschlecht eines Menschen nur „erlernt“ und nicht angeboren ist. 1967 unterzog er einen zweijährigen Zwillingenbuben einer (unfreiwilligen!) Geschlechtsumwandlung, um zu beweisen, daß nur „die Erziehung und das Äußerliche (Kleidung, Spielzeug usw.) das Geschlecht bestimmen. Das „unfreiwillige Mädchen“ riß sich immer wieder die Mädchenkleider vom Leib, haßte Puppen und wollte ein Junge sein. Das abartige Experiment endete mit dem Selbstmord beider Zwillinge. Dennoch übernahmen die Frauenbewegung seine radikalen Ansichten. Bis heute.

Es gibt viele unterschiedliche Strömungen im Feminismus, aber die, die offenbar gerade das „Ruder“ in der Hand hat (siehe „Zwang zum Gendern“, Europarat usw.) behauptet nach wie vor, das Geschlecht sei „anerzogen“.

Leider lassen sich viele, denen es um echte Gleichberechtigung (Stichwort: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Einkommensunterschiede,

Doppelbelastung usw.) geht, von diesen radikalen Elementen vereinnahmen. Das Übernehmen von „Genderformen“ („BürgerInnen“, „das Elter“, usw.) in den Sprachgebrauch entspricht genau dem Verlangen dieser Gruppen. Es ändert in Wahrheit zwar keinen Cent an den Einkommensunterschieden, befriedigt aber die Wünsche der radikalen Feministinnen.

Neue Experimente am Rücken von Kindern

In Deutschland werden in verschiedenen KiTas („Kindertagesstätten“, ähnlich unseren Kinderkrippen und Kindergärten) schon Experimente an Kleinstkindern unternommen, indem man den Buben Mädchenkleider anziehen und sie schminken läßt, den Mädchen verbietet, mit Puppen zu spielen – und allen von Kindesbeinen an eintrichtert, daß es keinen Unterschied zwischen ihnen gäbe. Jeder soll „später wählen, ob er ein Mann oder eine Frau sein möchte“.

Die Zerstörung der Familienstrukturen, das Schlechtreden von Mutterschaft („zerstört Karriere und Selbstverwirklichung“), das Postulieren des Abnormalen als Norm wird ganz gezielt betrieben. Manche Feministinnen gehen sogar soweit, zu fordern, „daß die Gentechnologie die Fortpflanzung übernehmen solle, um Frauen von der biologischen Notwendigkeit des Gebärens zu befreien“.

Ins Gefängnis wegen Blondinenwitz?

Auf dem Weg in die Diktatur?

Am 11. September 2001 stürzten die beiden Türme des World Trade Center in New York unter höchst zweifelhaften Umständen* in sich zusammen – wenige Tage nachher gar noch ein drittes Gebäude. Seither hat sich unsere Welt erheblich verändert. Unter dem Deckmantel „Kampf gegen den Terrorismus“ werden die Bürger in vielen Ländern Schikanen und Überwachungsmethoden ausgesetzt, die man bis vor 2001 nur aus Diktaturen und utopischen Romanen kannte. Und die österreichische Regierung plant den nächsten Anschlag auf unsere Freiheit. Schon bald könnten Sie für das Erzählen eines Blondinenwitzes am Stammtisch oder für Ihren Einsatz für den Tierschutz hinter Gitter wandern. Wehren Sie sich – solange Sie noch können!

Drei Personen als „terroristische Vereinigung“

Der § 278ff, auch „Mafia-Paragraph“ genannt, soll „terroristische Vereinigungen“ [(...) Zusammenschluß von mehr als zwei Personen (...)] bekämpfen“. Er ist höchst umstritten.

Bei seiner Einführung haben Juristen, Richter, gemeinnützige Organisationen, Politiker von links bis rechts dagegen protestiert – vergeblich. Das Gesetz passierte problemlos den rot-schwarzen Ministerrat. Eine neuerliche Verschärfung sollte am 1. Juli in den Justizausschuß kommen.

FPÖ half, Verschärfung aufzuschieben

Rechtzeitig brachten eine Petition der FPÖ und Proteste von allen Seiten einen Aufschub bis Herbst. Aber es muß weiter gegen diesen Paragraphen protestiert werden!.

Leb wohl, Meinungsfreiheit

Das Problematische am § 278ff: Der Text ist so schwammig formuliert, daß er bei Bedarf gegen jeden unliebsamen Kritiker angewendet werden kann.

So soll der § 278 u. a. jene bestrafen, die „Attentate gutheißen“, wobei genaue Definitionen fehlen. Wenn etwa auf einen Mörder ein Attentat verübt wird und Sie in der Öffentlichkeit mit „Das geschieht ihm recht!“ reagieren, könnten Sie schon dran sein ...



Ebenso schlimm ist der Anschlag auf die Meinungsfreiheit!

Gefängnisstrafen für abweichende Meinungen

Schon bisher gab es einen Paragraphen gegen „Verhetzung“

Wer „(...) gegen (...) eine durch ihre Zugehörigkeit zu einer (...) Religionsgesellschaft, zu einer Rasse, zu einem Volk, einem Volksstamm oder einem Staat bestimmte Gruppe auffordert oder aufreizt“, kann bis zu zwei Jahre ins Gefängnis wandern.

Dieser Paragraph soll in der neuen Novelle nun auch ausgedehnt werden auf „Bemerkungen, die auf das Geschlecht, das Alter, die sexuelle Ausrichtung, die Weltanschauung oder eine Behinderung zielen“.

Blondinenwitz und Kabarett als Verbrechen?

Jeder Büttnerredner im Fasching, jeder, der einen Blondinenwitz erzählt oder vor anderen Personen über „die Alten/die Jungen“ schimpft, könnte bei

sehr freier Auslegung des Paragraphen somit ein potentieller „Verbrecher“ sein, der mit Freiheitsstrafe bedroht ist.

Überwachung, Bespitzelung, Gesinnungsterror

Nach den Überwachungsmaßnahmen, die dieser Staat gegen seine Bürger bereits in Stellung gebracht hat (geheimes Abhören von Telefonaten und E-Mails, Rufdatenerfassung und -speicherung, Fingerabdruck im Reisepaß, Nacktscanner u. v.

m., das früher nur gegen Verbrecher angewandt wurde), ist dieser neuerliche Anschlag auf Meinungsfreiheit und Bürgerrechte ein weiterer Schritt in Richtung Unfreiheit.

Aufwachen, bevor es zu spät ist!

Höchste Zeit, daß die Bürger dieses Landes nicht mehr alles schlucken und schulterzuckend kommentieren „Da kann ma eh nix machen“. Denn: Wer in der Demokratie einschläft, wird in der Diktatur erwachen!

Petition unter www.terrorgesetz.at

Die FPÖ-Petition „JA zur Meinungsfreiheit – NEIN zum Terrorgesetz“ kann noch immer unter www.terrorgesetz.at unterzeichnet werden. Außerdem kämpfen auch die Österr. Anwaltskammer, die Grünen, Vier Pfoten, Amnesty International, Greenpeace, Reporter ohne Grenzen und viele andere gegen dieses Willkürgesetz.



* Am 11. Juni 2010 sagte der britische Premierminister auf BBC-News „Als die Türme gesprengt wurden ...“. Dieser Teil seiner Rede war nur einmal in den Nachrichten zu hören. Bei den folgenden Wiederholungen fehlte er ...

Ausritt am Drahtesel

Fröhliche Strampler auf großer Fahrt

Ideales Radlerwetter und beste Stimmung prägten den alljährlichen Radwandertag der FPÖ am 1. Mai, bei dem nicht

nur Mitglieder und Freunde, sondern immer auch „Fremde“ und „Neo-Radler“ herzliche willkommen sind. Bei der Fahrt

von Neuhofen über Haid entlang der Traun nach Rutzing/Frindorf und beim gemütlichen Ausklang im Gh.

Roithmeier kamen junge und junggelebene Radler auf ihre Kosten.



Eigenartige Prioritäten in Neuhofen – Sparen beim Kleinsten?

Privatpersonen, Vereine oder Institutionen, die in der Vergangenheit in sozialen Notlagen, bei außergewöhnlichen Anschaffungen oder für energiesparende Maßnahmen oft rasche Hilfe vom Gemeindefonds bekamen, könnten in Zukunft vergeblich auf eine solche warten. Grund ist eine eigenartige „Einsparungspriorität“.

In Neuhofen gibt es einen Gemeindefonds, der sein „Budget“ aus Zinsen einer Sparkassenstiftung bekommt. Zweck dieses Fonds', der unabhängig von den Gemeindeorganen arbeitet, ist es, soziale, kulturelle und umweltschutzrelevante Projekte zu unterstützen. Der Fonds hat seit seinem Bestehen schon vielen Neuhofnern geholfen. Soziale Härtefälle bekamen Zuwendungen, energiesparende Maßnahmen wurden gefördert. Den Spielplatz in Dambach, Laufstrecken, Wanderwege, Parkbänke, Blumenkistchen auf der Kremsbrücke, Instrumente für Musiker, Schulprojekte, Spielgeräte für Kindergärten oder für das Freibad hat der Fonds mitfinanziert. Oft schon, wenn die Marktgemeinde nicht helfen konnte, sprang der Fonds ein.

Die Mitglieder des Fonds sind je ein Vertreter aus jeder Gemeinderatspartei und eine Vertreter der Sparkasse. Sie arbeiten ehrenamtlich, erhalten keine Entschädigung für ihre Arbeit, für Telefonate, Fahrten oder Besprechungen. Obwohl fast alle Mitglieder beruflich aus- (und oft über-) lastet sind, stellen sie sich in ihrer kargen Freizeit freiwillig in den Dienst der guten Sache, zum Wohl der Neuhofner Bürger und oft auch der Gemeinde insgesamt.

Zwar finden häufige Vorbereitungen statt, aber nur vier bis sechs Mal pro Jahr ist eine offizielle Sitzung anberaumt, in der die eingelangten Anträge behandelt werden. Bei diesen Sitzungen war bisher eine Schriftführerin der Marktgemeinde dabei, die die Anträge, notwendigen Unterlagen oder Rechnungen gesammelt hatte und erläuterte. Als Gemeindebedienstete hat sie wesentlich besseren Zugang zu notwendi-

gen Informationen als die Fondsmitglieder, die zu Details (z. B. Erfüllung der Förderungskriterien) als „Privatpersonen“ ja keine Auskünfte bekämen. Durch die hervorragende Vorarbeit dieser Schriftführerin dauern die Sitzungen meist nicht einmal eine Stunde.

Doch damit soll nun Schluß sein. Den Fondsmitgliedern wurde vom Bürgermeister lapidar mitgeteilt, daß „Leistungen für den Fonds“ (z. B. die Bereitstellung der Schriftführerin für diese 4-6 einstündigen Sitzungen) von der Marktgemeinde „nur mehr gegen Verrechnung“ erfolgen. „Zur Budgetkonsolidierung“, wird begründet.

Der Fonds selbst hat kein Budget für „eigene Angelegenheiten“. Die Fondsmitglieder müßten nun wohl aus eigener Tasche dafür bezahlen, daß sie diese ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohl aller Gemeindebürger ausüben?

Ein gemeinsamer Antrag von FPÖ, ÖVP und Grünen im Gemeinderat, dem Fonds die Schriftführerin weiterhin ohne Gebühr zur Verfügung zu stellen, wurde zwar mit Mehrheit beschlossen. Der Bürgermeister sieht sich aber nicht daran gebunden, da dies Amtsangelegenheit sei und der Gemeinderat hier nichts mitzureden hätte“. Er müsse sparen – und hier begänne er damit.

Was für ein trauriges Amtsverständnis ...

Da werden Zehntausende von Euro (auf Kredit!) für „Ideenwettbewerbe“ ausgegeben (siehe Seite 7), aber diese paar wenigen Stunden pro Jahr für soziale Anliegen werden „eingespart“.

Problematisch wird es wohl dann werden, wenn wichtige Anträge oder dringende Sozialfälle im Fonds behandelt werden sollen, aber mangels Zugang zu Informationen oder Zeit für notwendige Recherche leider nicht erledigt werden können ...

Kommentare zum Gemeinderatsgeschehen

Neuhofen darf nicht Griechenland werden!

Schulden, Kredite – und kein Ende

Kreiskys Erbe(n)

Die FPÖ ist in den vergangenen Jahren nicht müde geworden, das aus unserer Sicht unverantwortliche Vorgehen in Sachen Budget zu kritisieren. Da wurden Projekte verwirklicht, von denen man im Vorhinein schon wußte, daß man sie nicht bezahlen konnte. Kredite wurden aufgenommen, um Wahlzuckerl zu finanzieren – die laufenden Kosten, die so ein Projekt auf Dauer verursacht, wurden meist außer Acht gelassen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen und wurden dafür ausgelacht und verspottet.

Nun stehen Europa – und Neuhofen – vor den Folgen dieser kurzfristigen Politik. Und wer zahlt's? Wie immer: der Steuerzahler. Kürzungen bei Sozialleistungen, Gehalts- und Pensionsreduktionen – wer weiß, ob die nächste Generation – trotz enormer Steuerbelastung – überhaupt noch so etwas wie eine „Pension“ bekommen wird. Jahrelang wurde Geld ausgegeben, das nicht da war. Kredite, Zinsen und Zinseszinsen finanzierten den „Traum“, der nun wie eine Seifenblase platzt und Europa in düstere Zeiten begleitet wird. Wenn sich jetzt die Sozialisten vieler Länder auf „Spekulanten“ ausreden, die für die Misere alleinverantwortlich wären, dann sollten sie besser in sich gehen und einmal zurückdenken. Kreisky sagte einmal, ihm wären ein paar Millionen Schulden lieber als ein paar Hunderttausend Arbeitslose. Nun hat er beides ... bloß: ER muß dafür nicht mehr zahlen. Es sind die künftigen Generationen, die dieses unselige Erbe noch lange auslöffeln müssen.

Wäre es nicht so traurig – man könnte es glatt als Anschauungsbeispiel hernehmen, um zu erklären, wie ganz Europa im Sog von Griechenland dem finanziellen Abgrund entgegentalmt: Die Finanzsituation von Neuhofen ist alles andere als rosig, doch die Verantwortlichen machen nach dem Motto „Augen zu und Ohren dicht“ weiter, als ob es das Normalste auf der Welt wäre, nur mehr auf Pump zu leben und das Morgen auf Kredit zu finanzieren.



Seit dem Jahr 2006 ist Neuhofen nun schon eine Abgangsgemeinde.

viele Schulden und schuldenverursachende Posten nicht mehr im Budget auf.

Kredite sogar schon für das Nötigste

Das bedeutet, daß der ordentliche Haushalt (das Budget für regelmäßige Ausgaben, Betriebskosten, Personal usw.) nur mehr im Minus ist, die Einnahmen nicht mehr reichen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Alles, was neu dazu kommt, wird auf Kredit gemacht. Die Schulden steigen.

Weiterhin ein Leben auf Kredit

Trotz dieser „kreativen Arbeitsweise“ bleibt in der Kasse gährende Leere. Und trotz dieser gährenden Leere werden weiterhin großzügige Vorhaben geplant, versprochen und teilweise auch umgesetzt.

Auf Pump. auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Neuhofen und Griechenland – kein Vergleich?

Die Parallelen zu Griechenland sind unübersehbar. Während sich alle Welt (künstlich) aufregt, daß Griechenland die Bilanzen „geschönt“ hat, werden in Neuhofen defizitäre Bereiche ausgelagert. Somit scheinen

Argument:

Weil's ja „alle machen“

Wenn Kritik an dieser Schuldenpolitik geübt wird, kommt als „tolles“ Gegenargument: „Aber andere tun es doch auch.“ oder „Aber das Land gibt uns eh Geld zurück.“ Daß das „Land“ auch dieses Geld nicht

hat und dafür Kredite aufnehmen muß, für die wiederum der Steuerzahler geradestehen muß, scheint niemanden groß zu kümmern.

Fröhlich wird weiter über die Verhältnisse gelebt wie bisher.

Weiterhin das Motto:

Darf's a bissel mehr sein?

2009 überschritten die Kosten für Projekte erneut den vorgesehenen Rahmen. Die Gemeinde wollte daher jetzt, im Jahr 2010, erneut Kredite aufnehmen, um diese „Altlasten“ überhaupt begleichen zu können.

Die SPÖ und zwei ÖVP-Gemeinderäte stimmten dafür, die Grünen dagegen, der Rest der ÖVP und die gesamte FPÖ enthielten sich der Stimme.

Die „nachträglichen Kredite“ wurden so mit knapper Mehrheit auch wieder „nachträglich genehmigt“.

Minus und Minus

ergibt leider kein Plus

Der Ordentliche Haushalt Neuhofens (die „regelmäßigen Ausgaben“) weisen nunmehr ein Minus von 155.540,97 Euro auf, der außerordentliche Haushalt (einmalige Projekte, Bauten, Zukunftsvisionen) ein Minus von gar 1.034.854,74 Euro (mehr als 14 Mio. öS!).

Die Griechen würden sagen „Kali nichta“ („Gute Nacht“ ...).

Kommentare zum Gemeinderatsgeschehen

Pleiten, Pech und Planungen

Gemeindezentrum – teures Luftschloß?



Stellen Sie sich vor, Sie möchten ein Haus bauen. Ein großes, schönes Haus. Aber Sie sind sehr hoch verschuldet und haben nicht einmal genug Bargeld, um dem Baumeister einen Auftrag zur Planzeichnung zu geben. Und das Grundstück, auf das Sie bauen wollen, gehört leider auch nicht Ihnen. Würden Sie dann überhaupt mit einem solchen Vorhaben beginnen?

Wohl kaum ein verantwortungsbewußter „Otto Normalverbraucher“, der nicht mal weiß, wie er seine täglichen Ausgaben bestreiten soll, würde sich in einer solchen Situation daran wagen, eine Traumvilla zu planen.

In einer Gemeinde ist das aber offenbar anders.

Anna, und nu an Kredit hamma ...

Die Abgangsgemeinde Neuhofen, die Kredite braucht, um grundlegende Aufgaben zu erfüllen, möchte ein neues „Gemeindedienstleistungszentrum“.

Das alte Gemeindeamt ist in die Jahre gekommen. Angeblich kann man es nicht mehr sanieren. „Angeblich“ deshalb, weil eigentlich dem Gemeinderat bisher diese Aussage nie schriftlich bestätigt gezeigt wurde.

Es existiert nur eine Aussage. Und auf dieser Aussage basierend, erteilte der Bürgermeister den Auftrag an verschiedene Architektenbüros, in einem „Ideenwettbewerb“ ein neues Gemeindezentrum zu planen.

Kühne Träume auf geduldigem Papier

Schnell sollten die Pläne fertig werden, damit man sie den Bürgern noch vor den Wahlen präsentieren könne. Das geschah dann auch.

Die Bürger durften sich viele bunte Pläne ansehen. Hochfliegende Pläne mit Glasflächen und glitzernden Details. Wunderschön anzusehen.

Ohne Göd ka Musi, ohne Grund ka Hausi

Dumm nur, daß diese Pläne teilweise Grundstücke mit einbezo-

gen, die möglicherweise gar nicht zur Verfügung stehen. Dumm, daß man noch gar nicht weiß, ob man sie jemals tatsächlich bekommen kann. Und wie man den Bau überhaupt finanzieren soll.

Ziemlich plump: Planung auf Pump

Und noch dümmere, daß sich jetzt, wo die Wahlen vorbei sind, herausstellt, daß nicht einmal das Geld vorhanden war, um für die schönen Pläne zu bezahlen.

Jetzt muß die Gemeinde wieder einen Kredit aufnehmen. Einen von vielen, die die Gemeinde mit Zinsen und Zinseszinsen wieder irgendwann zurückzahlen muß.

Aber: Es sind ja eh nur Ihre Steuergelder

Noch dümmere daran: „Die Gemeinde“, das sind wir alle. Jeder

Steuerzahler, der heutige und der morgige. Und der übermorgige.

Sie alle werden noch an den Krediten zahlen, die heute aufgenommen werden. Für möglicherweise fiktive Planungen auf möglicherweise fiktiven Grundstücken und für andere Luftschlösser.

Nur FPÖ und Grüne dagegen

Die FPÖ und die Grünen stimmten daher nicht dafür, als der Gemeinderat aufgefordert wurde, einen Kredit von 60.000 Euro für „vergangene (im Wahljahr) und zukünftige Planungen“ aufzunehmen.

Wir bevorzugen Nägel mit Köpfen und Sparsamkeit statt hochfliegender Träume auf Steuerzahlers Kreditkosten.

„Wer Österreich liebt, muß Scheiße* sein“ Geld für Heimat-Haß und Heroin-Freigabebeforderung

In einem Werbefalter, der kürzlich an 15- (!) bis 20-jährige Wiener Jugendliche erging, fordern sie: die Legalisierung von Heroin, ein „Recht auf Faulheit“ und die generelle Abschaffung von Schubhaft. Sie rufen auf zu Bandenbildung, Sachbeschädigung, Mißbrauch der österreichischen Fahne und geben Tipps zum Verhalten bei Festnahme wegen „Sachbeschädigung, Diebstahl oder Körperverletzung“. Sie hassen Österreich – aber sie nehmen gern die rd. 429.000 Euro, die sie von diesem „Scheiß-Staat“* in den letzten drei Jahren an Fördergeld bekamen.

Die Rede ist von der „Grünalternativen Jugend“ (GAJ), Vorfeldorganisation der Grünen.

Freigabe aller Drogen gefordert

Die Ziele, die sie in ihrem Werbeblatt angeben, klingen so: Auszug: „Zentrale Forderung ist die Legalisierung ausnahmslos aller Drogen. Drogen sollen von speziell geschultem Personal in sog. Drogenfachgeschäften abgegeben werden. Gleichzeitig sollten Räumlichkeiten für den Drogenkonsum bereit gestellt werden.“ Zu Heroin liest man: „Wird es in reiner Form konsumiert und richtig dosiert (!), sind die gesundheitlichen Beeinträchtigungen aber verhältnismäßig gering: Bauchschmerzen und Menstruationsbeschwerden.“

Heimat im Herzen - Scheiße im Hirn

Ihre Ablehnung der Heimat dokumentieren sie ausführlich unter „Warum wir Volk und Nation nicht mögen“ bzw. „Wir machen anti-nationale Politik“. Sie enden mit dem „lustigen“ Satz: „Nestbeschmutzung macht Spaß“.



„Abschaffung von Parlament und Regierung“

Dieses Vorhaben gab die GAJ an, als sie 2008 befragt wurde,



was sie machen würde, wenn sie den Jugendminister stellen könnten. Sie würden einen Antrag auf die Abschaffung von Parlament und Regierung stellen, das Ministerium in ein „autonomes Zentrum“ verwandeln und ein „Mitbestimmungsrecht ab Geburt“ einführen.

Staatliche Förderung für Kampf gegen den Staat

Als Lohn für ihre „wertvolle Tätigkeit“ bekamen sie von diesem „beschissenen“* Staat in den letzten drei Jahren 428.769,90 Euro an Steuergeld! Allein im Jahr 2009 waren es 109.000 Euro, die ihnen Minister Mitterlehner (ÖVP) zukommen ließ (ohne allfällige Steuergelder von Ländern oder Gemeinden). Das geht aus der Beantwortung einer Anfrage hervor, die die FPÖ stellte. Der ÖVP-Minister findet offenbar nichts Bedenkliches an den Zielen der GAJ.

Den „Ring Freiheitlicher Jugend“ würden sie am liebsten verbieten. Denn die Freiheitlichen sind böse und „rechtsextrem“, wie man ebenfalls der GAJ-Broschüre entnehmen kann.

Wer „sozialistische Ideen ablehnt, ist rechtsextrem“

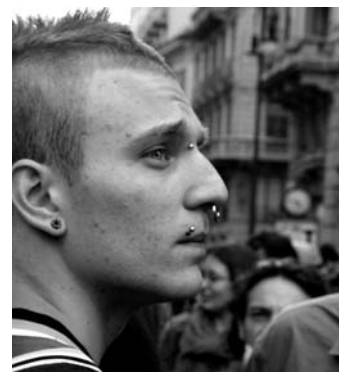
Was „rechtsextrem“ ist, definieren die allwissenden grünen Jugendlichen unter anderem so: „Ebenfalls ist es ein Wesensmerkmal des Rechtsextremismus, dass er emanzipatorische



Ideen, wie Feminismus oder auch sozialistische Ideen ablehnt.“

Der „böse Jemand, der gute Jemensch“

Natürlich widmen sie sich auch dem „Kampf gegen Sexismus“. Da lernen wir, daß die Wörter „jemand, man oder niemand“ gar „sexistisch“ sind. Das unpersonliche Fürwort „man“ wird generell durch „mensch“ ersetzt. Ebenso das böse Wörtchen „je-



mand“ durch „jemensch“.

Die Bürger_innen/Bürger*innen erhalten eine „Gender gap“, einen Unterstrich oder Stern, „damit auch Platz für Inter-, Trans- und Queerse sexuelle“ bleibt. Denn „Männlichkeit/Weiblichkeit ist nichts Natürliches“, sondern wurde nur „von der Gesellschaft konstruiert“ (siehe dazu auch Artikel auf Seite 3 im DIALOG).

Von der grünen Führung wohlwollend toleriert?

Von der grünen Parteispitze hört man übrigens zu all den Ausführungen ihrer Jugend: NICHTS.

Sehr wohl aber wird weiterhin kräftig gegen alles Freiheitliche gewettert und gekämpft und bis hin zum Verbot der Andersdenkenden alles von diesen „Super-Demokraten“ in diesem sie subventionierenden „Scheiß-Staat“* gefordert ...

FAZIT

Es bleibt zu hoffen, daß möglichst viele Menschen selbständig denken, wo die wirkliche Gefahr für die Demokratie und diesen Staat lauert, wenn wieder einmal gegen die „bösen Rechten“ polemisiert wird ...

** Wir distanzieren uns ausdrücklich von dieser Fäkalsprache. Die Ausdrucksweise ist nicht die unsere, wir haben sie nur zur Veranschaulichung des Weltbildes dieser Gruppierung(en) übernommen.*

Mehr als Neune

Aktive Jugend beim Kegeln

„Kegeln statt keppeln“ dachte sich die Neuhofner Freiheitliche Jugend – und organisierte einen Kegelabend für Jugendliche. Neben aktiver Freizeitgestaltung bestand auch die Möglichkeit, Gleichgesinnte kennenzulernen, sich im friedlichen „Wettstreit“ auf der Kegelbahn zu messen und über Sorgen und Probleme zu diskutieren. Rund 30 Jugendliche aus Neuhofen und aus Nachbarorten folgten



der Einladung, und auch einige „Junggebliebene“ ließen es sich nicht nehmen, einen Abend lang eine „ruhige Kugel zu schieben“. Wer einmal dabei sein möchte, wenn sich die freiheitliche Jugend trifft, wendet sich einfach an Barbara Zimmermann (babsi90@hotmail.com) oder an Gerolf.Eder@context.co.at. Auf scene1.at findest Du uns unter der Gruppe: rfjlinzland.



Meine Meinung auf gut Deutsch: Warum bin ich böse?

Wenn ich mir den Werbefalter der „Grünalternativen Jugend“ (GAJ, siehe Artikel links) ansehe, wird mir angst und bang!

Bei der freiheitlichen Jugend wird versucht, uns demokratische Wertvorstellungen beizubringen, um mündige Bürger zu erziehen, die zur Stabilisierung und Erhaltung der Demokratie und des Friedens in Österreich beitragen. Man hält uns an, nicht egoistisch, sondern auch an andere zu denken und die Gemeinschaft zu fördern. Im Gegensatz dazu finde ich im Falter der GAJ Forderungen wie die totale Freigabe von Heroin und anderen Drogen, Anregungen, Häuserwände zu besprayen, Banden zu bilden, das eigene Volk zu hassen, Forderungen nach einer totalen Öffnung aller Grenzen, nach „Bildung für alle“ beim gleichzeitigen „Recht auf Faulheit“. Wer irgendetwas von den angeblichen „grünen Ideen“ wie Umweltschutz oder Tierschutz sucht, sucht vergebens.

Für mich klingen diese Forderungen der grünen Jugend bedrohlich und gefährlich für den sozialen Frieden und die demokratische Ordnung in unserem Land.

Aber halt! „Gefährlich“ bin nur ich, denn ich bin einer von den „Bösen“. Von den sogenannten „Rechtsextremen“ – die u. a. deswegen „rechtsextrem“ sind, weil sie „sozialistische Ideen ablehnen“. Sagt die grünalternative Jugend. Forderungen nach einem Verbot des RFJ gehören daher ebenfalls zu ihrem „Programm“.

Uns Freiheitlichen würde das nie einfallen, denn einer der ersten Werte, die man uns beibringt, ist: „Die Freiheit ist das höchste Gut des Menschen“. Nach unserem Demokratieverständnis zählt dazu auch die Freiheit von Andersdenkenden. Nicht so bei den „grünen Superdemokraten“, die abweichende Meinungen offenbar am liebsten verbieten würden.

Nun frage ich mich aber schon: Warum bin ich „böse und gefährlich für die Demokratie“ – und die sind „gut“...?

Gerolf Eder, „böse“ – und stolz darauf!



Das einfache Weltbild der grünalternativen Jugend: Links sind die „Guten“, rechts sind die „Bösen“.

Wichtig – bitte lesen!

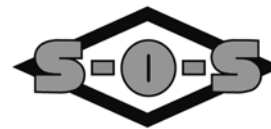
Wir bedanken uns bei unseren „Stamm-Inserenten“ für die Treue und begrüßen herzlich die neuen Inserenten! Durch ihre Einschaltung unterstützen sie die ehrenamtliche Herausgabe dieser Zeitung und leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Meinungsvielfalt, selbst wenn die Meinung im DIALOG nicht immer ihrer eigenen entspricht.

Wir ersuchen unsere Leser, dieses vorbildliche Verhalten dadurch zu belohnen, daß sie bevorzugt bei unseren Inserenten kaufen/bestellen. Die Neuhofner Wirtschaftstreibenden arbeiten hart, um gegen all die großen „Geizist-geil“-Geschäfte bestehen zu können. Sie sichern damit Arbeitsplätze im Ort, unsere Nahversorgung und unsere Lebensqualität.

Es liegt an uns allen, dies auch in Zukunft durch unsere Einkäufe zu erhalten!

Hier könnte Ihr Inserat stehen!

Eine günstige und vielbeachtete Möglichkeit, die Neuhofner Haushalte direkt zu erreichen. Bei Interesse rufen Sie: **0699/10 72 04 94** oder senden Sie ein E-Mail an: **office@context.co.at**



Sanierung ohne Sorgen

Josef Klein
Malermeister

0664/33 23 173

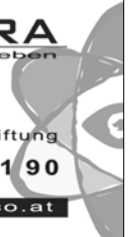
Das Neuhofner
Malerteam

PICTURA
Farbe - Bild - Leben

Malerei - Beschriftung

0676 / 577 61 90

www.pictura.co.at



HUBER
Andreas & Maria
4501 Neuhofen, Linzerstraße 24
☎07227/5575
e-mail: andreas.huber@unimarkt-partner.at

Unsere Öffnungszeiten:

Mo.–Fr.: 07.30–19.00 Uhr
Samstag: 07.30–17.00 Uhr

**Qualität aus Österreich –
Schmankerl aus Ihrer Region.**

**Frisch,
freundlich,
fair im Preis –
und direkt vor Ihrer Haustür!**

**Ihr UNIMARKT-Team wünscht
Ihnen einen sonnigen Sommer!**

**In unsicheren Zeiten ist
GOLD
die sicherste Wertanlage.**



**Wir wünschen Ihnen einen erholsamen
Urlaub und einen goldigen Sommer
Ihr Juwelier Hochstätger**

